

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Roland Hartwig, Armin-Paulus Hampel, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund und der Fraktion der AfD**

### **Position der Bundesregierung zum Streit um die Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer sowie zur Erdgas-Pipeline EastMed**

Am 4. Mai 2021 fanden zuletzt wieder indirekte Gespräche zwischen Vertretern des Libanons und Israels unter US-amerikanischer Vermittlung über die Festlegung einer gemeinsamen Seegrenze im östlichen Mittelmeer statt (vgl. <https://www.haaretz.com/israel-news/israel-lebanon-resume-u-s-mediated-talks-on-maritime-border-1.9771725>). Die verfeindeten Staaten Libanon und Israel befinden sich seit 1948 offiziell im Kriegszustand und konnten sich bislang nicht auf eine gemeinsame Seegrenze einigen. Umstritten ist ein 860 Quadratkilometer großes keilförmiges Seegebiet vor den Küsten der benachbarten Staaten, unter dem sich Erdgasfelder befinden (vgl. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5237928>). Schätzungen zufolge sollen im gesamten Levantinischen Becken bis zu 3 500 Milliarden Kubikmeter Erdgas lagern, was in etwa 1 Prozent der Erdgasreserven der Russischen Föderation im Jahr 2019 entspricht (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/40757/umfrage/laendervergleich---nachgewiesene-erdgasreserven-in-billionen-kubikmeter/>).

Die Bundesregierung unterstützt sowohl den Libanon als auch Israel auf finanzielle wie materielle Weise: So hat der Libanon seit 2012 über die sog. Entwicklungszusammenarbeit rund 1,2 Mrd. Euro und im Rahmen von sog. Maßnahmen der Humanitären Hilfe 634 Mio. Euro an deutschen Steuergeldern erhalten (vgl. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-libanon-gebenkonferenz/2373998>). Im Gegenzug erhält Israel U-Boote und Kriegsschiffe aus deutscher Produktion, an deren Fertigungskosten sich die Bundesregierung mit deutschen Steuergeldern im dreistelligen Millionenbereich beteiligt (vgl. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-deutschland-beteiligt-sich-finanziell-an-drei-u-booten-a-1174239.html> sowie <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/In-Kiel-gebaute-Korvette-auf-dem-Weg-nach-Israel,korvetten172.html>). Mit den vier Korvetten aus deutscher Produktion wolle Israel vor allem seine Gas-Förderplattformen im Mittelmeer schützen (vgl. ebd.).

Nach Ansicht der Fragesteller könnte eine Eskalation der Seestreitigkeiten zwischen dem Libanon und Israel auch unmittelbare Auswirkungen auf die seit 2006 im Rahmen der UNIFIL-Mission vor Ort stationierten deutschen Bundeswehrsoldaten haben. Zusammen mit maritimen Einheiten der Türkei, Griechenlands, Bangladeschs und Indonesiens führt eine deutsche Korvette Patrouillen vor der Küste des Libanons durch, um die libanesische Regierung bei der Sicherung ihrer Seegrenzen zu unterstützen und so den Waffenschmuggel über

See zu verhindern (vgl. <https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/die-bundeswehr-im-libanon>).

Am 2. Januar 2020 unterzeichneten Griechenland, Israel und Zypern eine gemeinsame Erklärung zum Bau einer 1 900 Kilometer langen Unterwasser-Gaspipeline „EastMed“, die das im Levantinischen Becken geförderte Erdgas durch die AWZs Griechenlands und Zyperns zum italienischen Festland transportieren soll (vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article204725766/EastMed-Das-ist-Europas-neue-Problem-Pipeline.html>). Die Pipeline ist Teil des sog. Südlichen Gaskorridors, den die EU als Project of Common Interest festgelegt hat (<https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2013/347/oj/eng>). EastMed soll die EU-Mitgliedstaaten, deren Gasverbrauch im Jahr 2019 470 Milliarden Kubikmeter betrug (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kriegsgefahr-und-prognose-n-zum-gasverbrauch-der-eu-die-versorgung-ist-auch-ohne-nord-stream-sicher/27088616.html>), jährlich mit rund 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas versorgen (vgl. <http://www.igi-poseidon.com/en/eastmed>). Die Kosten des Pipelinebaus werden auf 6 Mrd. Euro beziffert (vgl. <https://www.dw.com/en/eastmed-gas-pipeline-flowing-full-of-troubling-questions/a-51871424>). Die Baukosten von Nord Stream 2 betragen rund 7,4 Mrd. Euro – bei einer jährlichen Versorgungskapazität von 55 Milliarden Kubikmetern (vgl. <https://www.nord-stream2.com/de/pdf/document/4/> und <https://www.nord-stream.com/de/presse-info/pressemitteilungen/nord-stream-schaetzt-projekt-kosten-auf-74-milliarden-euro-126/>). EastMed genießt die Unterstützung der EU und der USA (vgl. <https://www.reuters.com/article/greece-usa-energy-int-idUSKBN28R2FV>). Da die Pipeline durch die von der Türkei und der libyschen Einheitsregierung im November 2019 neu festgelegten AWZs führen soll, birgt der Bau nach Ansicht der Fragesteller großes Konfliktpotenzial.

Bis zur Fertigstellung von EastMed im Jahr 2025 soll das aus den israelischen Gasfeldern Leviathan, Tamer und Karish sowie dem zypriotischen Gasfeld Aphrodite geförderte Gas unter anderem nach Ägypten geleitet werden, wo es in dortigen Häfen zu Flüssiggas (Liquified Natural Gas; LNG) umgewandelt wird, um es mit Schiffen in die EU zu reimportieren (vgl. [https://www.zeit.de/news/2020-01/15/israelischer-erdgas-export-nach-aegypten-hat-begonnen?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/news/2020-01/15/israelischer-erdgas-export-nach-aegypten-hat-begonnen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)). Die Regierung Ägyptens plant, das Land zum regionalen Transitland und Handelszentrum für Gas zu etablieren. Diese Rolle wird auch von der Türkei beansprucht, die ebenfalls über zwei LNG-Terminals verfügt (<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/branchen/branchenbericht/aegypten/aegypten-foerdert-erdgas-und-kooperation-mit-nachbarn-166364> sowie Bundestagsdrucksache 19/1401, S. 3).

Im September 2020 gründeten Ägypten, Griechenland, Israel, Italien, Jordanien, die Palästinischen Autonomiebehörde und Zypern unter Einschluss verschiedener Öl- und Gasförderunternehmen wie Total S.A., Eni, Novatek und ExxonMobil das sog. East Mediterranean Gas Forum (EMGF) mit dem Ziel, einen regionalen Erdgasmarkt zu schaffen (vgl. <https://www.tagesschau.de/ausland/gasforum-oestliches-mittelmeer-101.html>). Am 9. März 2021, als die Charta des EMGF offiziell in Kraft trat, ist auch Frankreich der Organisation als Mitglied beigetreten; die USA, die EU und die Vereinigten Arabischen Emirate haben einen permanenten Beobachterstatus inne (vgl. <https://www.middleeastmonitor.com/20210311-france-joins-east-mediterranean-gas-forum/> sowie <https://www.al-monitor.com/originals/2020/12/egypt-uae-join-east-med-gas-forum-turkey-israel.html>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse zu etwaigen Beschlüssen oder Ergebnissen der am 4. Mai 2021 stattgefundenen indirekten Gespräche zwischen dem Libanon und Israel (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), und wenn ja, welche (bitte ausführen)?
2. Welche außenpolitischen Instrumente stehen der Bundesregierung für eine diplomatische Vermittlungsrolle im Streit zwischen dem Libanon und Israel zur Verfügung, und wie macht die Bundesregierung ggf. von diesen Gebrauch?
3. Welche Rolle spielen nach Kenntnis der Bundesregierung die Vereinten Nationen bei der Vermittlung im Streit um die Festlegung einer gemeinsamen Seegrenze zwischen dem Libanon und Israel?
4. Fördert der Libanon nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Erdgas aus den Gasfeldern in seiner AWZ?
5. Hat nach Kenntnis der Bundesregierung die Explosion chemischen Materials im Hafen von Beirut am 4. August 2020 (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/heute-ist-alles-tot-und-kaputt-ein-halbes-jahr-nach-der-explosion-beirut-ist-am-ende/26875942.html>) ggf. die Forschungs-, Vermessungs- oder Explorationsarbeiten durch das Konsortium Total-Eni-Novatek verlangsamt oder beeinträchtigt, und wenn ja, inwieweit?
6. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der verzögerten Bewilligung eines IWF-Kredits zur Abmilderung der wirtschaftlichen Krise im Libanon (vgl. Bundestagsdrucksache 19/21707) und einer möglichen Einigung zwischen dem Libanon und Israel über die Festlegung der Seegrenzen, vor dem Hintergrund, dass die Bewilligung des IWF-Kredits maßgeblich von der Zustimmung der USA im zuständigen IWF-Gremium abhängt (vgl. <https://www.n-tv.de/wirtschaft/USA-stimmen-IWF-Reform-doch-noch-zu-article16609251.html>)?
7. Unterstützt die Bundesregierung die von Frankreich verhängten unilateralen Sanktionen gegen libanesischen Politiker, um eine Regierungsbildung im Libanon herbeizuführen und gesellschaftliche Transformationsprozesse einzuleiten (vgl. <https://www.n-tv.de/ticker/Frankreich-droht-dem-Libanon-mit-weiteren-Sanktionen-article22540318.html>), und wenn nein, mit welchen anderen Maßnahmen setzt sich die Bundesregierung ggf. für eine schnelle Regierungsbildung im Libanon ein?
8. Unterstützt die Bundesregierung die Sichtweise Ungarns, wonach die Regierungsbildung eine interne Angelegenheit des Libanons sei und ausländische Druckversuche abzulehnen seien (vgl. <https://www.nzz.ch/international/frankreich-sanktioniert-libanons-korrupte-und-zerstrittene-elite-ld.1614781>)?
9. Fördert die Bundesregierung aus Mitteln des Bundes Projekte im Libanon, die die Explorationsarbeiten von Erdgas in den AWZs des Libanons mittelbar oder unmittelbar unterstützen?
10. Fördert die Bundesregierung aus Mitteln des Bundes Projekte in Israel, die die Explorationsarbeiten von Erdgas in den AWZs Israels mittelbar oder unmittelbar unterstützen?
11. Beteiligen sich deutsche Firmen nach Kenntnis der Bundesregierung an der Erdgasförderung in den AWZs Israels, des Libanons oder Zyperns, und wenn ja, welche?
12. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über eine Position der Türkei zur (geplanten) Erdgasförderung des Libanons (wenn ja, bitte ausführen)?

13. Fördert der Libanon nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Erdgas aus dem mit Israel umstrittenen Seegebiet?
14. Fördert Israel nach Kenntnis der Bundesregierung bereits Erdgas aus dem mit dem Libanon umstrittenen Seegebiet?
15. Sind der Bundesregierung Fälle von Verletzungen der Seegrenze zwischen dem Libanon und Israel seit dem 1. Januar 2021 bekannt, und wenn ja, wie viele?
  - a) Wenn ja, in wie vielen Fällen kam es zu einem Eindringen in Hoheitsgewässer des Libanons durch israelische Schiffe?
  - b) Wenn ja, in wie vielen Fällen kam es zu einem Eindringen in Hoheitsgewässer Israels durch libanesisische Schiffe?
  - c) Wenn ja, in wie vielen Fällen wurde die im Rahmen der UNIFIL-Mission eingesetzte deutsche Korvette zur Hilfe gerufen bzw. alarmiert?
  - d) Wenn ja, wird das gegenseitige Eindringen in fremde Hoheitsgewässer durch die Konfliktparteien Israel und Libanon nach Kenntnis der Bundesregierung durch die UNIFIL-Mission mit welchen Konsequenzen aufgearbeitet?
16. Wie, und von wem wird das EastMed-Projekt nach Kenntnis der Bundesregierung finanziert (bitte anteilig auflisten)?
  - a) Beteiligt sich die Bundesregierung an der Finanzierung von EastMed direkt oder über EU-Mittel (bitte ausführen)?
  - b) Ist das Projekt nach Kenntnis der Bundesregierung bereits vollständig finanziert, und wenn nein, bis wann ist dies geplant?
17. Liegen der Bau und die Fertigstellung der EastMed-Pipeline nach Ansicht der Bundesregierung in deutschem und/oder europäischem Interesse?
18. Beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Firmen an der Planung und/oder am Bau der EastMed-Pipeline, und wenn ja, welche?
19. Wie viele der sog. Ministertreffen auf EU-Ebene zur EastMed-Pipeline (vgl. Nachbericht zum Energierat vom 26. Juni 2017, Ausschussdrucksache 18(9)1300, S. 3) haben seit 2015 stattgefunden, an denen die Bundesregierung mit Vertretern teilnahm, und welche zentralen Beschlüsse wurden auf diesen Treffen gefasst (bitte in Stichpunkten auflisten und die jeweiligen Vertreter der Bundesregierung angeben)?
20. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Position der Türkei zum Bau der EastMed-Pipeline, und wenn ja, wie lautet diese?
21. Hat die Bundesregierung Überlegungen bezüglich der Rentabilität (Kosten-Nutzen) des EastMed-Projektes angestellt, insbesondere im Vergleich zu Nord Stream 2, und wenn ja, wie lauten diese?
22. Welche geostrategische und wirtschaftliche Rolle spielt die Gaspipeline TurkStream im Vergleich zu EastMed und Nord Stream 2 nach Ansicht der Bundesregierung?
23. In welchem Zusammenhang stehen nach Kenntnis der Bundesregierung das EastMed-Projekt und die Organisation East Mediterranean Gas Forum (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?
24. Hat sich die Bundesregierung in einer offiziellen Erklärung zum East Mediterranean Gas Forum (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) geäußert, und wenn nein, hat sie sich ggf. eine eigene Position gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?

25. Plant die Bundesregierung – analog zu Frankreich –, eine Mitgliedschaft oder einen Beobachterstatus im East Mediterranean Gas Forum zu beantragen (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?  
Wenn nein, plant die Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit Frankreich im Rahmen des East Mediterranean Gas Forums, und wenn ja, mit welchen Zielen?
26. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob die Staaten, die an dem EastMed-Projekt beteiligt sind und sich im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (SRÜ) zum Schutz und zur Bewahrung der Meeresumwelt verpflichtet haben (Artikel 192 SRÜ), Untersuchungen über die Auswirkungen der Erdgasgewinnungen auf die unmittelbare Umwelt vor Ort unternommen haben?
27. Wie viel LNG-Flüssiggas haben nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Mitgliedstaaten bzw. hat Deutschland seit 2015 jährlich aus Ägypten importiert?
28. Wie viel LNG-Flüssiggas haben nach Kenntnis der Bundesregierung die EU-Mitgliedstaaten bzw. hat Deutschland seit 2015 jährlich aus der Türkei importiert?
29. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, warum die Staaten Türkei und Israel eine Unterzeichnung und Ratifizierung des SRÜ bislang ablehnen (vgl. WD 2 - 3000 - 143/19 sowie <https://www.israelnetz.com/politik-wirtschaft/politik/2020/10/02/israel-und-libanon-wollen-ueber-seegrenze-v-erhandeln/>), und damit nicht im Sinne der sog. regelbasierten internationalen Ordnung handeln?
30. Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass sich die Türkei und Israel an der sog. regelbasierten internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beteiligen, und wenn ja, inwiefern?
31. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über den Stand der Forschungs-, Vermessungs- und Explorationsarbeiten in den palästinensischen Gasfeldern vor der Küste des Gazastreifens (bitte ausführen)?

Berlin, den 1. Juni 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**





